



Pressemitteilung

02. Mai 2020

Zum Tag der Pressefreiheit (3. Mai):

Staatliche und privatwirtschaftliche Reaktionen auf die Corona-Pandemie untergraben die Pressefreiheit

Mit großer Besorgnis beobachtet der DJV-Berlin – Journalistenverband Berlin-Brandenburg, dass unter dem Vorwand der Corona-Schutzmaßnahmen staatliche Stellen Journalistinnen und Journalisten an ihrer Arbeit hindern. Etwa wenn statt der Pressekonferenz im Landratsamt nur noch ein Video des Landrats auf Facebook erstellt wird. Oder wenn es statt einer Pressekonferenz nur Interviews für einzelne, ausgewählte Medien gibt. Umfassende Berichterstattung ist nur möglich, wenn auch vertiefende Fragen gestellt werden können.

"In der Corona-Krise - wie in jeder Krise - sind die freie Berichterstattung, das kritische Nachfragen, das Einordnen staatlichen Handelns unverzichtbar", erklärt Christian Walther, Vorsitzender des DJV Berlin – JVBB. Der Verband fordert Senat und Brandenburger Landesregierung, Landräte, Bürgermeister und Ämter auf allen Ebenen auf, stets auch die wichtige Rolle der Journalistinnen und Journalisten zu bedenken.

Aus Sicht des Journalistenverbandes tritt zudem noch ein weiteres Problem gerade in der Corona-Krise in den Vordergrund: Private Krankenhäuser verfolgen zum Teil eine sehr defensive Öffentlichkeitsarbeit. Oftmals müssen Journalistinnen und Journalisten mehrere Tage auf substanzielle Antworten, etwa zur Zahl der Infizierten und zu den Hygiene-Zuständen auf einzelnen Stationen, warten. Dazu erklärt Christian Walther: „Pressefreiheit darf nicht durch private Interessen von Investoren behindert werden. Krankenhäuser sind systemrelevante Teile der öffentlichen Daseinsfürsorge. Deshalb müssen sie auch schnell und unkompliziert die Fragen beantworten, die die Öffentlichkeit und Medien an sie stellen. Geschieht dies nicht, wird das Vertrauen der Berliner und Brandenburger in die Kliniken massiv beeinträchtigt.“

Für Nachfragen: Andreas Oppermann, Mitglied des Vorstandes: 0172/9694777